

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Bundesratswahlen 1995

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Hirter, Hans

Bevorzugte Zitierweise

Hirter, Hans 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Bundesratswahlen 1995, 1995*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 07.04.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Grundlagen der Staatsordnung	1
Institutionen und Volksrechte	1
Bundesrat	1

Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
EVED	Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
EMD	Eidgenössisches Militärdepartement, heute: Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

UE	Union européenne
DFTCE	Département fédéral des transports, des communications et de l'énergie
DMF	Département militaire fédéral, aujourd'hui: Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS)

Allgemeine Chronik

Grundlagen der Staatsordnung

Institutionen und Volksrechte

Bundesrat

ANDERES
DATUM: 30.08.1995
HANS HIRTER

Am 30. August teilte der im Dezember 1983 gewählte Bundesrat **Otto Stich** (sp) zur allgemeinen Überraschung mit, dass er **auf Ende Oktober demissionieren** werde. Im Laufe des Jahres hatten sich zwar bürgerliche Politiker mehrmals für seinen Rücktritt ausgesprochen. Aber noch Mitte August hatte das SP-Sekretariat erklärt, dass mit einem Rücktritt nicht zu rechnen sei. In Würdigungen wurde Stichs Leistung als Finanzminister gelobt; namentlich in der französischsprachigen Schweiz wurde aber auch seine EU-kritische Haltung und sein als ungenügend empfundenen Bemühen um die Kontaktpflege mit der Romandie kritisiert.¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 18.09.1995
HANS HIRTER

Für eine Mehrheit der **SP-Leitung** war klar, dass ihr zweiter Bundesrat neben Ruth Dreifuss ein Mann sein sollte. Angesichts der bestehenden relativen Übervertretung der lateinischen Schweiz in der Regierung war auch seine deutschschweizerische Herkunft unbestritten. Als aussichtsreichste Kandidaten präsentierten die Medien bereits zwei Tage nach Stichs Rücktrittsankündigung die Nationalräte **Leuenberger** (ZH) und **Marti** (GL) – beide verfügen als Mitglieder von Kantonsregierungen über Exekutivverfahren – sowie die Ständeräte **Piller** (FR) und **Onken** (TG). Als weiteren Anwärter schlug die SP des Kantons Basel-Land den ehemaligen Ständerat und amtierenden Regierungsrat **Edi Belser** vor. Als einzige Frau präsentierte die Berner SP alt Nationalrätin **Gret Haller**, welche als momentane Auslandschweizerin – sie ist Diplomatin beim Europarat – aufgrund ihres Zürcher Heimatscheins wählbar wäre. Am 16. September einigte sich der SP-Vorstand auf einen Dreivorschlag Leuenberger/Piller/Haller (in der Reihenfolge der erzielten Stimmen) zuhanden der Fraktion; eine Empfehlung, wieviele von diesen Bewerberinnen definitiv ins Rennen geschickt werden sollten, gab er nicht ab. Die Fraktion beschloss, mit dem **Zweivorschlag Leuenberger/Piller** vor die Vereinigte Bundesversammlung zu treten. Die Fraktionen der drei anderen Bundesratsparteien verzichteten auf eine Empfehlung zugunsten eines der beiden Kandidaten; beide wurden als annehmbar taxiert. Die Grünen zeigten sich enttäuscht über den Verzicht auf eine Frauenkandidatur und beschlossen, zumindest im ersten Wahlgang für Gret Haller zu stimmen.²

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.09.1995
HANS HIRTER

Für die Leitungsgremien der drei grossen bürgerlichen Parteien war der Anspruch der SP auf den freiwerdenden Sitz unbestritten. Die **FDP des Kantons Zürich beschloss** aber, die **Zauberformel trotzdem anzugreifen**. Neben grundsätzlichen Überlegungen mag dabei auch die Konstellation mitgespielt haben, wonach der Zürcher Freisinn bei der Wahl des noch nicht 50jährigen Leuenberger aus verfassungsrechtlichen Gründen (Kantonsklausel, Art. 96 BV) für längere Zeit aus der Landesregierung ausgeschlossen bliebe. Seine bekanntesten Exponenten, Vreni Spoerry und Eric Honegger, lehnten jedoch eine mögliche Kandidatur ab. Unterstützung fand der Zürcher Freisinn bloss bei der Freiheitspartei, welche eine Absage an die Zauberformel forderte und ankündigte, dass sie nicht für einen SP-Kandidaten stimmen werde. Die Liberale Partei sprach sich ebenfalls für eine neue parteipolitische Zusammensetzung der Regierung aus; dieser Schritt sei allerdings nicht bei der anstehenden Ersatz-, sondern erst bei der Gesamterneuerungswahl vom Dezember zu wagen. Die **FDP-Fraktion** hatte noch eine Woche vor der Wahl den Zürcher Vorschlag für eine eigene Kandidatur deutlich abgelehnt. Am Vorabend der Wahl war es dann nur noch eine knappe Mehrheit (25:23), die auf eine eigene Bewerbung mit **Vreni Spoerry** – welche sich nun nicht mehr von einer Kandidatur distanzierte – verzichten wollte. Dabei stand selbst für diese Mehrheit eingeständenermassen nicht der Fortbestand der Zauberformel im Vordergrund. Ausschlaggebend war vielmehr die Befürchtung, bei den Gesamterneuerungswahlen vom Dezember einen jetzt eroberten dritten Sitz wieder zu verlieren, da sich die CVP und die SVP gegen eine Veränderung der parteimässigen Zusammensetzung der Regierung ausgesprochen hatten.³

WAHLGESCHÄFT
DATUM: 27.09.1995
HANS HIRTER

Am **27. September** standen der **Vereinigten Bundesversammlung** somit zwei offizielle Kandidaten zur Auswahl: die beiden Sozialdemokraten Leuenberger und Piller. Ein letzter Ordnungsantrag der SD/Lega-Fraktion, die Wahl erst nach den Gesamterneuerungswahlen für das Parlament vorzunehmen, scheiterte. Im 1. Wahlgang erhielt Leuenberger 81 Stimmen, an zweiter Stelle folgte die Freisinnige Spoerry mit 65; die Sozialdemokraten Piller resp. Belser und Haller erhielten 48, 17 resp. 15 Stimmen. Im 2. Wahlgang überholte Piller Spoerry, welche in einer persönlichen Erklärung nach dem 1. Wahlgang auf den Entscheid der FDP-Fraktion, keine Sprengkandidatin aufzustellen, verwiesen hatte. Nach dem 3. Wahlgang schied Spoerry mit 21 Stimmen als letzte aus; nach dem 4. Wahlgang Belser. Im 5. Wahlgang wurde schliesslich **Moritz Leuenberger** bei einem absoluten Mehr von 106 Stimmen mit deren 124 **gewählt**; Piller kam auf 86 Stimmen.⁴

WAHLGESCHÄFT
DATUM: 02.10.1995
HANS HIRTER

Unmittelbar nach der Wahl begann die Diskussion um eine **Neuverteilung der Departemente**. FDP-Präsident Steinegger verlangte, dass das Finanzministerium von einem Vertreter einer bürgerlichen Partei übernommen werden müsse. Es war allen klar, dass er dabei primär an den Freisinnigen Villiger, Vorsteher des Militärdepartements, dachte. Die Aussicht, erstmals einen Sozialdemokraten mit der Leitung des EMD zu betrauen, löste bei bürgerlichen Politikern zwar keine Begeisterung aus, schien aber, zumindest als Übergangslösung, nicht unakzeptabel. Bundesrat Ogi seinerseits machte deutlich, dass er an einem Wechsel ins EMD kein Interesse habe. Am 1. Oktober beschloss das Regierungskollegium, eine mittlere Rochade vorzunehmen: Villiger wechselte vom EMD ins EFD, Ogi vom EVED ins EMD und Leuenberger erhielt das EVED. Kommentare würdigten dies als optimale Verteilung und lobten sowohl die Führungsqualitäten von Bundespräsident Villiger, welchem es gelungen war, zwischen den unterschiedlichen Ansprüchen zu vermitteln, als auch die kollegiale und verantwortungsvolle Haltung Ogis.⁵

WAHLGESCHÄFT
DATUM: 31.12.1995
HANS HIRTER

Die Verfassung (Art. 96, Abs. 3) sieht vor, dass ein **Nachfolger in der nächsten Parlamentssession gewählt werden muss**, das hiess in diesem Fall noch vor den Nationalratswahlen vom 22. Oktober. Bürgerliche Politiker warfen Stich deshalb vor, seine Rücktrittserklärung geschickt terminiert zu haben, um der SP Wahlkampfhilfe zu leisten. Immerhin dominierten die Würdigungen Stichts und vor allem die Präsentation von valablen SP-Kandidaten für seine Nachfolge für einen Monat die Medienberichterstattung (s. dazu unten, Teil I, 1e, Eidgenössische Wahlen). Ordnungsanträge im Nationalrat, die Ersatzwahl auf die Dezembersession zu verschieben, wurden vom Büro als verfassungswidrig bekämpft und fanden im Plenum keine Mehrheit.⁶

1) Presse vom 31.8. und 31.10.95; BZ, 28.10.95; BaZ, 30.10.95.; Presse vom 31.8.95.; Rücktrittsforderungen: Blick, 19.5. und 22.5.95; SoZ, 21.5. und 28.5.95; Sonntags-Blick, 27.8.95. SP: BÜZ, 16.8.95.

2) Blick, 1.9.95; Presse vom 6.9.-13.9.95. Bewegung für eine Frauenkandidatur: TW, 5.9. und 7.9.95; LNN, 9.9.95; Bund, 14.9.95 (Vorstand der SP-Frauen); SoZ und Sonntags-Blick, 17.9.95; Presse vom 18.9.95.; TA und SGT, 20.9.95; Presse vom 27.9.95.

3) FDP-ZH: NZZ, 5.9.95; SGT, 7.3.95. FP: NZZ, 15.9.95. LP: JdG, 16.9.95; NZZ, 19.9.95; 24 Heures, 19.9.95 (Inserat der LP). Vgl. auch Blick, 20.9.95 und Presse vom 22.9.-27.9.95.; Presse vom 20.9.95; NQ und TA, 27.9.95; NQ, 28.9.95; Ww, 28.9.95; Amtl. Bull. NR, 1995, S. 2327 f. (Fraktionserklärung). Vgl. zur Kritik an der Haltung der FDP und v.a. an Spoerry die Kommentare in der Presse vom 28.9.95 sowie BaZ, 30.9.95.

4) Amtl. Bull. NR, 1995, S. 2325 ff.; Presse vom 28.9.95

5) LZ, 28.9.95 (Steinegger); BaZ, 28.9.95; Presse vom 29.9.95; NZZ und SGT, 30.9.95; Presse vom 2.10. und 1.11.95 (Amtsübergabe)

6) Amtl. Bull. NR, 1995, S. 1849 ff. und 2327; siehe dazu auch SN, 1.9.95. Vgl. : Vgl. dazu auch TA, 31.8.95.